



Plenarprotokoll

67. Sitzung

Donnerstag, 25. Juni 2015

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	6828	Senator Mario Czaja	6844
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	6828	Canan Bayram (GRÜNE)	6845
1 Aktuelle Stunde	6828	Senator Mario Czaja	6845
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Aktion des Zentrums für politische Schönheit	6845
„Volksbegehren straft rot-schwarze Wohnungspolitik ab – Dialog für bezahlbare Mieten in ganz Berlin starten“	6828	Michael Braun (CDU)	6845
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Regierender Bürgermeister	
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	6828	Michael Müller	6845
Iris Spranger (SPD)	6830	Michael Braun (CDU)	6846
Katrin Schmidberger (GRÜNE)	6831	Ralf Wieland (SPD)	6846
Iris Spranger (SPD)	6832	Regierender Bürgermeister	
Katrin Lompscher (LINKE)	6832	Michael Müller	6846
Matthias Brauner (CDU)	6835	Christopher Lauer (PIRATEN)	6846
Katrin Lompscher (LINKE)	6837	Ralf Wieland (SPD)	6846
Matthias Brauner (CDU)	6837	Regierender Bürgermeister	
Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	6838	Michael Müller	6846
Senator Andreas Geisel	6839	Schulplatzmangel	6846
Andreas Otto (GRÜNE)	6842	Stefanie Remlinger (GRÜNE)	6846
2 Fragestunde	6843	Senatorin Sandra Scheeres	6846
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Stefanie Remlinger (GRÜNE)	6847
Berliner Flüchtlingsmanagement	6843	Senatorin Sandra Scheeres	6847
Ulker Radziwill (SPD)	6843	Regina Kittler (LINKE)	6847
Senator Mario Czaja	6843	Senatorin Sandra Scheeres	6847
Ulker Radziwill (SPD)	6844	Geschäftsleitung des Staatsballetts Berlin ..	6848
		Wolfgang Brauer (LINKE)	6848
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller	6848
		Wolfgang Brauer (LINKE)	6848
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller	6848
		Dr. Gabriele Hiller (LINKE)	6849
		Regierender Bürgermeister	
		Michael Müller	6849

- 26 Personalentwicklung im Land Berlin: Jugendämter besser ausstatten – Ergebnisse der Maßnahmeplanung zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Berliner Jugendämter realisieren!** 6908
- Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/2330](#)
- Katrin Möller (LINKE) 6908
Franziska Becker (SPD) 6909
Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) 6910
Roman Simon (CDU) 6911
Simon Kowalewski (PIRATEN) 6911
- Ergebnis 6912

- 27 Übung macht den Meister: Der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen Vorfahrt geben!** 6912
- Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/2331](#)
- Ergebnis 6912

- 31 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die rechtswidrige Duldungsversagungs- und Rückführungspraxis in Fällen von geltend gemachten Abschiebungshindernissen gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz, insbesondere Erkrankungen** 6912
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2336](#)
- in Verbindung mit

- 36 Unwürdige Abschiebepaxis: Konsequenzen aus dem Fall Banu O. ziehen (I): Sicherung fachärztlicher Standards bei Abschiebungen** 6912
- Antrag der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache [17/2350](#)
- Canan Bayram (GRÜNE) 6912
Torsten Schneider (SPD) 6913
Canan Bayram (GRÜNE) 6914
Frank Zimmermann (SPD) 6914
Hakan Taş (LINKE) 6915
Sven Rissmann (CDU) 6916
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 6918
Sven Rissmann (CDU) 6918
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 6919
Canan Bayram (GRÜNE) 6920
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 6920
- Ergebnis 6920

- 37 Raum für Kunst – Berlin bekommt eine/-n Graffitibeauftragte/-n** 6921
- Antrag der Piratenfraktion
Drucksache [17/2351](#)
- Philipp Magalski (PIRATEN) 6921
Renate Harant (SPD) 6922
Notker Schweikhardt (GRÜNE) 6923
Stefan Schlede (CDU) 6923
Wolfgang Brauer (LINKE) 6924
- Ergebnis 6925

Anlage 1 Konsensliste

- 10 Inbetriebnahme des Flughafenasylnastes verhindern!** 6926
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 9. März 2015
Drucksache [17/2154](#)
- zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0377](#)
- Ergebnis 6926

- 12 a) Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (I) – straßenverkehrsbehördliche Arbeit dezentralisieren und Zusammenarbeit verbessern** 6926
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 29. April 2015 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 27. Mai 2015
Drucksache [17/2293](#)
- zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2046](#)
- Ergebnis 6926

- b) Verkehrslenkung Berlin wieder auf die Spur bringen (II) – Baustellenkoordination verbessern** 6926
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr vom 29. April 2015 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 27. Mai 2015
Drucksache [17/2294](#)
- zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2047](#)

(Simon Kowalewski)

schon gehört. Die Arbeit in den Jugendämtern ist also eine Hölle.

Selbst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der höchsten intrinsischen Motivation fragen sich, warum sie weiterhin Blut, Schweiß und Tränen in ein System investieren sollen, das kaum noch wirksam helfen kann. Vielleicht wäre da auch mal ein Streik nötig, zur Erzwingung eines Personalschlüssels, mit dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tatsächlich die Möglichkeit haben, Kinder und Jugendliche wirksam zu unterstützen, anstatt sie nur im Schnellverfahren von teurer, unpassender Hilfemaßnahme zu teurer, unpassender Hilfemaßnahme umzuschichten. Selbst denjenigen, die es insgeheim für okay halten, die Berliner Kinder und Jugendlichen auf dem Altar der schwarzen Null zu opfern,

[Dr. Manuel Heide (CDU): Schwarze Messen? –
Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

– Schwarze Messen – nein, das war etwas anderes! – sei gesagt, dass das auch ein Verstoß gegen das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz ist – aus dem ich, mit Ihrer Zustimmung, Herr Präsident, kurz den § 34 Abs. 1 zitiere:

Das Jugendamt ist mit den Personal- und Sachmitteln auszustatten, die für die Erfüllung seiner Aufgaben nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und nach diesem Gesetz erforderlich sind.

So einfach ist das.

Das passiert in Berlin nicht. Das wissen alle. Das wissen auch alle hier im Haus. Das wissen aber auch alle Menschen, die aus irgendwelchen Gründen schon mal mit dem Jugendamt in Kontakt waren. Das muss dringend geändert werden.

Bitte sagen Sie nicht, dass das die Aufgabe der Bezirke sei. Die Bezirke sind ausgequetscht und dank der Jahre der willkürlich ausgewürfelten Personalabbauzielzahlen effektiv handlungsunfähig.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Genau deswegen ist dieser Antrag auf Landesebene richtig und wichtig, und wir werden ihn nach Kräften unterstützen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag Drucksache 17/2330 wird die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 27:

Übung macht den Meister: Der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen Vorfahrt geben!

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/2331](#)

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Zu dem Antrag Drucksache 17/2331 wird die Überweisung federführend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie und mitberatend an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr empfohlen. Zusätzlich wird nun die Überweisung an den Hauptausschuss vorgeschlagen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Die Ifd. Nrn. 28, 29 und 30 stehen auf der Konsensliste.

Wir kommen nun zur

Ifd. Nr. 31:

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die rechtswidrige Duldungsversagungs- und Rückführungspraxis in Fällen von geltend gemachten Abschiebungshindernissen gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz, insbesondere Erkrankungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/2336](#)

in Verbindung mit

Ifd. Nr. 36:

Unwürdige Abschiebepaxis: Konsequenzen aus dem Fall Banu O. ziehen (I): Sicherung fachärztlicher Standards bei Abschiebungen

Antrag der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache [17/2350](#)

Ich habe den Antrag Drucksache 17/2336 vorab an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung überwiesen und darf Ihre nachträgliche Zustimmung feststellen.

In der nun folgenden Beratung beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Kollegin Bayram, bitte schön, Sie haben das Wort!

Canan Bayram (GRÜNE):

Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, der Fall Banu O. hat durch breite Medienberichterstattung mal wieder deutlich gemacht, dass es in diesem Land Berlin, insbesondere seitdem es einen CDU-Innensenator, Frank Henkel, gibt, gängige Praxis ist, dass rechtswidrige Abschiebungen stattfinden.

[Sven Rissmann (CDU): Das ist aber gelogen!]

(Canan Bayram)

Das ist etwas, was weder mit geltenden Gesetzen noch mit unserer Verfassung vereinbar ist, und dem wollen wir, Bündnis 90/Die Grünen, auf den Grund gehen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Daher will ich sowohl den Fall Banu O. als auch einen weiteren Fall kurz darstellen, damit Sie eine Vorstellung von den Rechtsverstößen bekommen. Banu O., in Berlin geboren, aufgewachsen, 30 Jahre,

[Zuruf von Sven Rissmann (CDU)]

wurde auch aus der Ausländerbehörde heraus abgeschoben, nachdem sie von der Ausländerbehörde getäuscht wurde. Abschiebungshelfer war ein Abschiebungsarzt, dessen ärztliche Qualifikation bis heute weder nachgewiesen ist noch vom Gericht angenommen wurde, vielmehr hat das Gericht ihn für unqualifiziert angesehen. Das hat dazu geführt, dass Banu O. zum Flughafen verbracht wurde, ihr Anwalt, der noch mit ihr reden wollte, einen Platzverweis erhalten hat, sie ohne Wechselwäsche, Tasche oder Geld in einen Flieger gesetzt und in ein Land gebracht wurde, in dem sie seit 17 Jahren nicht war und wo sie niemanden kennt.

Es ist ganz klar, dass das nicht nur Rechtsverstöße sind, sondern das ist auch eine Situation, in der die Menschen ihrer Identität beraubt werden und in der ein solches Vorgehen mit Menschen dazu führt, dass integrationspolitische Ziele ad absurdum geführt werden.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Canan Bayram (GRÜNE):

Im Moment nicht, danke schön. – Stellen Sie sich vor, was es mit einem Menschen, der 30 Jahre hier lebt, macht, in ein anderes Land verbracht zu werden, seine gesamte Familie, seine sozialen Kontakte und alles zu verlieren!

Ein weiterer Fall sind zwei junge Männer armenischer Herkunft, die in einem Härtefallverfahren waren – und weder sie noch das betreffende Mitglied der Härtefallkommission hatten das Ergebnis erfahren –, die morgens um 6 Uhr aus ihrer Wohnung gerissen wurden, ohne richterliche Anordnung, ohne jede Rechtsgrundlage, die es verdient, das Ganze als rechtstaatsmäßig zu bezeichnen.

In diesen Bereichen, die ich Ihnen vorgestellt habe, gibt es unterschiedliche Ansagen. Mein Eindruck ist, dass sowohl der Innensenator als auch sein Staatssekretär uns gegenüber wahrheitswidrige Angaben gemacht haben. Beispielhaft will ich nennen: Der Innensenator hat behauptet, dem Gericht habe eine Approbationsurkunde vorgelegen. Der Anwalt bestreitet das. Der Staatssekretär für Inneres, Herr Krömer, schreibt als Antwort auf eine

Schriftliche Anfrage, dass Rainer Lerche, so heißt dieser Abschiebearzt, erst seit 2009 in Berlin diese Abschiebepaxis mitgestalten würde. Demgegenüber sagt Herr Rainer Lerche selbst im Gerichtsverfahren, dass er seit 2000 für die Ausländerbehörde tätig ist.

Da frage ich mich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Warum gibt es diese abweichenden Ansichten und Darstellungen? Was wird uns hier vom Innensenat vorenthalten, und wo wird uns die Unwahrheit gesagt?

Wenn es einen Grund gibt, einen Untersuchungsausschuss zu machen, dann ist für uns, Bündnis 90/Die Grünen, dieses Thema hier einen Untersuchungsausschuss wert, denn wir haben Verantwortung für die Menschen. In diesem Untersuchungsausschuss könnten wir die Einhaltung von Menschenrechten bzw. deren Nichteinhaltung untersuchen. Das schulden wir auch den Migrantinnen und Migranten in Berlin, denn einer, der Wüsten und Meere überwunden hat, hat es zumindest verdient, dass er im Land Berlin ein rechtstaatliches Verfahren bekommt. Genau das wird aber den Menschen versagt, so festgestellt vom Verwaltungsgericht Berlin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion! Ihr Antrag, eine Zertifizierung bei der ärztlichen Begutachtung durchzuführen, geht in die richtige Richtung. Ich will auch einen Antrag zur Wohnungsdurchsuchung, wo es richterliche Anordnungen gibt. Das entbindet uns nicht von der Pflicht, die Fälle aufzuklären. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Bayram! – Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Schneider. – Bitte!

[Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ihr seid doch jetzt dran!]

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gerne im Wege der Zwischenfrage gefragt, musste aber die paar Schritte hierhin auf mich nehmen.

[Oh! von den GRÜNEN –
Uwe Doering (LINKE): Hast dich
richtig hingeschleppt!]

Ich möchte die Grünen fragen, ob Sie, wenn Sie zum Thema § 60 etc. zitieren, die Verfassungslage und das Berliner Untersuchungsausschussgesetz kennen und ob Ihnen ein Fall bundesweit in Erinnerung ist oder vorschwebt, den Sie hier zitieren können, wo eine Oppositionsfraktion, ohne die qualifizierte Mehrheit zu haben, einen Untersuchungsausschuss beantragt hat oder ob Sie

(Torsten Schneider)

einen solchen Fall nicht kennen und es Ihnen da so wie uns geht. Wie ordnen Sie eine solche Peinlichkeit ein, sich so isoliert mit einem Schaufensterantrag zum Löffel zu machen?

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Ho, ho! von den PIRATEN –
Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schneider! – Möchten Sie replizieren, Frau Bayram? – Bitte schön!

Canan Bayram (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Kollege Schneider! Den Einwand hier hätten Sie sich wirklich sparen können,

[Zuruf von der CDU: Finde ich nicht!]

denn erstens hat es so etwas schon einmal gegeben. Und es hat auch in anderen Bundesländern schon Anträge und Untersuchungsausschüsse im Zusammenhang mit Aufenthalt und Asylrecht gegeben. Aber wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass etwas mit uns nicht stimmen würde, wenn wir uns für Menschenrechte und gegen Abschiebungen einsetzen,

[Torsten Schneider (SPD): Die Debatte kennt Herr Zimmermann!]

dann würde ich Ihnen doch empfehlen, die Beschlüsse Ihrer eigenen Partei zu lesen,

[Dr. Manuel Heide (CDU): Was hat das damit zu tun?]

die nämlich genau das fordern: die Ausländerbehörde der Zuständigkeit von Innensenator Henkel wegzunehmen und in einen Bereich hineinzubringen, der die Menschenrechte und die Integration im Blick hat.

[Zuruf von Sven Rissmann (CDU)]

Dieses Förmeln hier, so zu tun, als wenn es ein Problem wäre, wenn wir im Bereich Menschenrechte und im Bereich Humanität untersuchen wollen, dann ist das völlig absurd und an der Sache vorbei.

[Torsten Schneider (SPD): Schaufensterantrag!]

Woher wissen Sie denn, Herr Schneider, dass es nicht dazu kommt, dass sich hier im Hause eine Mehrheit bereift?

[Torsten Schneider (SPD): Das stimmt, da gebe ich Ihnen recht!]

Denn im Moment ist es vielleicht so, dass der eine oder andere denkt, er könne es auch auf einem anderen Wege bewältigen, aber ob das am Ende so bleibt, das ist doch eine Frage. Sie können mich für mutig halten, dass ich den Antrag hier trotzdem so einbringe.

[Hö, hö! von der CDU]

Aber ich bin meiner Fraktion dankbar, dass ihr das Thema wichtig genug ist, einen Redebeitrag wie den von Ihnen hier heute zu riskieren, denn der zeigt im Prinzip, dass Sie selbst ein Problem damit haben, weil in Ihrer eigenen Fraktion verschiedene Menschen sind, die diesen Untersuchungsantrag sehr gerne unterstützen würden.

Das wäre doch einmal etwas, was die SPD zeigen könnte, nämlich schon im Vorgriff darauf, dass man mit diesem Koalitionspartner nicht mehr weitermachen will. Wir haben es ja erlebt hier im Plenum. Nutzen Sie doch die Chance, Herr Schneider, dem Antrag die nötige Mehrheit zu verhelfen!

[Torsten Schneider (SPD): Sie kennen die Verfassungslage nicht!]

Dazu wären Sie locker in der Lage. Wir brauchen nur neun weitere Personen.

[Torsten Schneider (SPD): Die den Antrag stellen!]

Auch die Piraten lade ich dazu ein. Die sind hier vor vier Jahren angetreten mit dem Anspruch, wir sind kein Block, einzelne von uns unterstützen auch Anträge, die wir richtig finden.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Das war früher!]

Da frage ich: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Finden sich denn von 15 Piraten nicht neun, die ebenso mutig sind,

[Zuruf von Sven Rissmann (CDU)]

diesen Antrag mit zu unterstützen?

[Martin Delius (PIRATEN): Die Antwort ist nein!]

Die Verantwortung für die Menschenrechte, für die Einhaltung der Verfassung, die tragen wir alle. Und Sie wollen doch nicht hilflos zusehen, wie dieser CDU-Senator Henkel Migrantenrechte mit Füßen tritt. Dann tun Sie etwas dagegen, und untersuchen Sie gemeinsam mit uns diesen Abschiebesumpf!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Evrim Sommer (LINKE) –
Zurufe von der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Bayram! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Zimmermann. – Bitte!

Frank Zimmermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch uns ist die Sache sehr wichtig. Deswegen müssen wir hier wirklich sorgfältig und ernsthaft gucken, ob das, was Sie hier vortragen, Frau Bayram, für einen Untersuchungsausschuss reicht oder nicht. Das ist die Arbeit, die wir als Fraktion hier leisten müssen, jenseits der Frage, ob uns Menschenrechte wichtig sind. Die sind uns allen wichtig,

(Frank Zimmermann)

das kann nicht das alleinige Ausschlagkriterium sein für einen Untersuchungsausschuss.

Wir sind also aufgerufen, sorgfältig zu prüfen, ob Anhaltspunkte für solche Missstände bestehen, die mit den ordentlichen Ausschüssen nicht mehr zu kontrollieren und aufzuklären sind, mit der Folge, dass wir Sie mit dem besonders scharfen Schwert des Untersuchungsausschusses sezieren müssen. Das muss unser Kriterium sein. Können wir in den zuständigen Ausschüssen alle relevanten Informationen beiziehen und bewerten? Brauchen wir dann noch ein weiteres Instrument, oder brauchen wir es nicht? Und ich will es ganz klar sagen, wenn wir es in den ordentlichen Ausschüssen können, dann sollten wir nicht ein weiteres Gremium und einen Untersuchungsausschuss einsetzen, weil wir dann Gefahr laufen, es zu entwerten.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und den PIRATEN]

Wir haben einen Monat lang im Innenausschuss ausschließlich dieses Thema behandelt, stundenlange, ausführliche Berichte gehört und bis ins Detail Direktabschiebungen und insbesondere die Frage des Umgangs mit Abschiebungshindernissen untersucht. Und diese umfangreichen Informationen haben keine Anhaltspunkte für untersuchungsausschusswürdige Missstände ergeben. Der ganze Sachverhalt rund um den Arzt, den Sie beschreiben, ist vollständig aufgeklärt.

[Canan Bayram (GRÜNE): Das stimmt doch nicht; das ist doch nicht wahr!]

Insbesondere war dessen Wirken nicht ursächlich für die Rechtswidrigkeit der Direktabschiebung, um die es hier geht.

Zweitens: Es gibt über einzelne Fälle von problematischem oder rechtswidrigem Handeln der Ausländerbehörde hinaus keine zureichenden Hinweise auf eine dauernde oder systematisch rechtswidrige oder, wie manchmal behauptet wird, rechtsstaatswidrige Praxis.

Drittens: Von allen angegriffenen Entscheidungen der Ausländerbehörde werden 93 Prozent von den Gerichten als rechtmäßig bestätigt, nur 7 Prozent als rechtsfehlerhaft. Das ist, vorsichtig gesagt, keine schlechte Quote.

Viertens: Wenn wir diesen Maßstab Ihres Antrags anlegen würden, müssten wir vielen Behörden mit einem Untersuchungsausschuss zu Leibe rücken, denn überall kommen rechtswidrige Verwaltungsakte vor, und das ist auch das Wesen in einem Rechtsstaat, dass gerade das durch Verwaltungsgerichtsbarkeit untersucht wird und dass die Rechtswidrigkeit dort festgestellt werden kann, um hinterher diese Dinge zu beheben.

Und schließlich als letzter Punkt: Der Leiter der Ausländerbehörde hat erklärt, dass seine Behörde eine lernende Organisation ist. Das unterstützen wir sehr.

[Canan Bayram (GRÜNE): Hat er doch nicht! Er hat gesagt, er macht so weiter! Schauen Sie ins Wortprotokoll! – Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Und wir sehen, dass dort eine Fehlerkultur etabliert wird. Dieses Umsetzen von Kritik in ein rechtmäßiges Handeln, falls Rechtswidrigkeit vorgelegen hat, –

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frank Zimmermann (SPD):

Nein! Ich bin hier schon fertig. – und diese Fehler abzustellen, das werden wir auch mit den ordnungsgemäßen Gremien dieses Parlaments kontrollieren. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Zimmermann! – Für die Linksfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Taş! – Bitte sehr!

Hakan Taş (LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Abschiebung der jungen Frau Banu O. hat uns in den vergangenen Wochen immer und immer wieder beschäftigt. Durch das hartnäckige Nachhaken der Opposition sind immer neue Enthüllungen über die skandalöse Berliner Abschiebep Praxis ans Tageslicht gekommen. – Herr Wansner! vielleicht könnten Sie sich hinsetzen und zuhören! Was halten Sie davon?

[Zuruf von Kurt Wansner (CDU) –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Dabei wurde deutlich: Unter Führung der CDU ist es zu einem Kurswechsel in der Berliner Integrations- und Flüchtlingspolitik gekommen. Der Berliner Ausländerbehörde geht es unter Senator Henkel nur noch darum, möglichst viele Menschen abzuschieben – schließlich muss sie ja seine Zielvorgaben zu Abschiebungen erfüllen. Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Es gibt im Land Berlin mittlerweile Zielvorgaben zu Abschiebungen, und das ist widerlich. Das haben Sie richtig gehört: Das ist widerlich!

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Daher nimmt es die Ausländerbehörde mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien auch nicht so genau. So ist die Zahl der für die Betroffenen äußerst belastenden Direktabschiebungen in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Im Fall Banu O. hat die Berliner Ausländerbehörde falsche Tatsachen vorgespiegelt, um die Betroffene in die Ausländerbehörde zu locken und so schnell wie möglich außer Landes zu schaffen. Ein dubioser Mediziner, der uns allen inzwischen bekannt ist, hat sie im

(Hakan Taş)

Auftrag der Ausländerbehörde für reisetauglich erklärt, obwohl sie schwere Flugangst hatte und einen Nervenzusammenbruch erlitt. Doch alles dies war egal – der Flieger stand schließlich schon bereit und konnte nicht warten. Daher wurde sie mit Psychopharmaka ruhiggestellt.

Auch die Härtefallkommission ist unter Rot-Schwarz zu einer Institution ohne Gestaltungsrahmen verkümmert. Rund zwei Drittel aller Härtefälle werden von Senator Henkel abgelehnt, und zwar nach Gutsherrenart und ohne Begründung. Unter Rot-Rot hat der damalige SPD-Innensenator Körting noch 70 Prozent aller Härtefälle stattgegeben. Es gibt großen Handlungsbedarf. Wir wollen eine Änderung der Berliner Integrations- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen die Missstände in der Ausländerbehörde und bei der Abschiebepaxis abstellen, und zwar sofort. Dazu braucht es unserer Meinung nach keinen Untersuchungsausschuss, sondern andere politische Ziele. Deswegen werden wir uns zu Ihrem Antrag auch enthalten, liebe Frau Bayram.

Im Bereich der Rückführungen hat das Land Berlin große Spielräume. Diese müssen vollständig ausgeschöpft werden. Menschen muss in allererster Linie eine Bleiberechtsperspektive geboten werden. Sind alle Spielräume ausgeschöpft, muss der freiwilligen Ausreise Priorität vor der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht ausgeräumt werden.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hakan Taş (LINKE):

Nein, keine Zwischenfrage! Ich komme gleich zum Schluss. – Wir wollen fachärztliche Standards bei Abschiebungen sichern. Die Bundesärztekammer setzt sich seit Jahren für die Wahrung ethischer und medizinischer Grundsätze bei Abschiebungen ein. Die Reisefähigkeit der Betroffenen muss zweifelsfrei sichergestellt sein. Man darf diese medizinische Entscheidung nicht irgendwelchen dubiosen Honorarärzten im Auftrag der Ausländerbehörde und Polizei überlassen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Dazu brauchen wir unabhängige, fachlich qualifizierte Ärzte. Zahlreiche Innenministerien haben bereits Verwaltungsanweisungen mit dem Ziel erlassen, unnötige Härten bei Abschiebungen für die Betroffenen zu vermeiden und fachärztliche Standards bei Abschiebungen einzuhalten. Berlin muss seine Behörden ebenfalls dazu anweisen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Darüber hinaus muss die Praxis der Direktabschiebungen unverzüglich beendet werden.

[Zuruf]

Der Rechtsschutz der Betroffenen bei Abschiebungen muss gestärkt werden. Dazu muss die Ausländerbehörde grundlegend neu aufgestellt werden. Der unter Rot-Rot eingeschlagene Reformprozess muss neu aufgenommen und verstärkt werden.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Dafür werden wir uns, lieber Benedikt Lux, in den kommenden Wochen und Monaten einsetzen und entsprechende Anträge einbringen.

[Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE) –
Weitere Zurufe von den GRÜNEN]

– Ja, lieber Benedikt Lux! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Wir haben die Verantwortung, und die Verantwortung übernehmen wir gerne in diesem Fall. Deswegen stellen wir Anträge. Deswegen wollen wir in diesem Bereich auch sofort Änderungen erreichen und nicht die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses abwarten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Zurufe]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Taş! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Rissmann das Wort. – Bitte!

[Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN) –
Weitere Zurufe]

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine lieben und geschätzten Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion! Es ist für uns sehr amüsant zu sehen, dass die Oppositionsfraktionen bei einem für sie eigentlich so einfachen Thema keine Einigkeit hinbekommen,

[Zuruf: Ausnahmsweise! –
Weitere Zurufe]

aber der Meinung sind, in der Koalition eine gewisse Brüchigkeit zu sehen. Ich finde es schon sehr spannend, dass Sie bei ein und demselben Sachverhalt hier unterschiedliche Wege gehen

[Zurufe]

und nicht einmal dort die Kraft des gemeinsamen Vorgehens haben.

Im Kern haben Sie jedoch dasselbe Anliegen: Im Kern geht es Ihnen nicht darum, einen Einzelfall – den Sie, Frau Kollegin Bayram, hier gekünstelt hochziehen –, an dem gar nichts dran ist, aufzuklären oder diesen zum Anlass zu nehmen, irgendetwas zu verbessern, sondern Ihnen geht es vielmehr darum, hier einen Anlass zu

(Sven Rissmann)

haben, sich grundsätzlich gegen die Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung zu stellen.

Da der Kollege Zimmermann zu Ihrem peinlichen Anliegen der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses schon das Nötige und Richtige gesagt hat, will ich zwei, drei Sachen zu dem Antrag von Linken und Piraten sagen: Sie fordern in ihrer Überschrift die „Sicherung fachärztlicher Standards bei Abschiebungen“. Tatsächlich entlarvt Sie Ihre Begründung. Dort bekennen Sie Ihre eigentliche Motivation, wenn Sie schreiben:

Die Antragsteller/-innen treten für ein humanitäres Einwanderungsrecht ein und lehnen die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht ab. Auf Landesebene soll vor diesem Hintergrund jeglicher Handlungsspielraum genutzt werden, um Abschiebungen sowie damit einhergehende Härten für die betroffenen Menschen zu vermeiden.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Zuruf von den PIRATEN: Der macht
Werbung für den Antrag!]

– Das habe ich mir so nicht überlegt, aber auch schön!
Das ist ja mal was Ungewohntes.

[Zuruf von der LINKEN: Damit haben
Sie nicht gerechnet!]

Setzt aber Ihre Überschrift noch voraus, dass Abschiebungen erfolgen, und Sie vermitteln damit, dass Sie eigentlich nur darüber reden wollen, wie sie organisiert sein sollen, also welche fachärztlichen Standards man dort formuliert, so zeigt doch Ihre Begründung, dass es Ihnen tatsächlich um das Ob geht, nämlich dass Sie grundsätzlich gar keine Abschiebungen haben wollen. Diese Haltung ist, ganz offen und ehrlich gesagt, einfach nicht rechtstaatlich.

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Wo sitzen
wir denn hier?]

Der Rechtsstaat ist der höchste Ausdruck der Menschlichkeit,

[Lachen bei den PIRATEN]

und der Rechtsstaat erfordert, dass seine Titel, die er in einem geordneten Verfahren gesetzt hat, auch vollstreckt werden können. Und wenn das humanitäre Ausländerrecht und das großzügigste Asylrecht der Welt,

[Lachen bei den PIRATEN]

das wir hier in Deutschland haben, überprüft durch zahlreiche behördliche und gerichtliche Instanzen und noch durch Härtefallkommissionen, zu dem Ergebnis kommt,

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Das ist so falsch,
da ist nicht mal das Gegenteil richtig!]

dass die Person nicht in unserem Land bleiben kann, dann muss diese Entscheidung auch durchgesetzt werden oder muss abgeschoben werden.

[Beifall bei der CDU –

Martin Delius (PIRATEN): Es gibt aber Härtefälle!]

Zum Antrag der Grünen hat Kollege Zimmermann schon darauf hingewiesen, dass Sie Rechtsgeschichte bzw. Parlamentsgeschichte geschrieben haben, weil Sie einen Antrag einbringen, der nicht einmal das erforderliche Quorum mit sich bringt. Da muss man die Piraten und Die Linke loben, dass sie eben doch nicht jeden Quatsch mitmachen, den Sie hier auf den Tisch legen. Sie wollen gar keine sachliche Befassung, Frau Bayram,

[Canan Bayram (GRÜNE): Doch! Wir wollen
sachliche Befassung! Das ist doch albern!]

sondern Sie wollen mit diesem Thema einen weiteren Showroom schaffen, um Ihr peinliches Gutmenschentum zu produzieren.

[Beifall bei der CDU]

Sie begründen Ihren Wunsch nach einem Untersuchungsausschuss damit, dass diese Fragen in den zuständigen Fachausschüssen des Parlaments nicht umfangreich geklärt werden könnten. Tatsächlich ist es so, dass der anlassgebende Fall am 4. Mai und 8. Juni 2015 gänzlich

[Zurufe Canan Bayram (GRÜNE)]

und am 20. April 2015 teilweise im Innenausschuss, mithin mindestens sechs Stunden, behandelt worden ist und zahlreiche mündliche und schriftliche Anfragen gestellt und beantwortet wurden.

[Canan Bayram (GRÜNE): Der Senator
hat gelogen!]

Natürlich hat sich am Ende kein Anhaltspunkt dafür ergeben, dass eine rechtswidrige Abschiebung durchgeführt worden ist.

[Canan Bayram (GRÜNE): Es werden
wahrheitswidrige Angaben gemacht!]

Der Untersuchungsausschuss hat also in der Sache gar keine Grundlage,

[Canan Bayram (GRÜNE): Das ist Quatsch!]

so, wie es der Kollege Zimmermann richtig dargestellt hat.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Höfinghoff?

Sven Rissmann (CDU):

Ich würde gern zu Ende ausführen – also: nein!
Auch genügt Ihr Anliegen darüber hinaus nicht. Der äußere Umfang kann schon keinen Untersuchungsausschuss rechtfertigen. Sie bieten gerade einmal 14 Fragen

(Sven Rissmann)

auf, von denen einige – was ich Ihnen gleich noch zeigen werde – schon ungeeignet oder unzulässig sind. Sie kommen, wenn ich mit Ihnen großzügig umgehe, vielleicht gerade mal auf zehn zulässige Fragen. Zum Vergleich: Der Untersuchungsausschuss BER hat unterdessen 89 Fragen. Der Untersuchungsausschuss zur Staatsoper hat jetzt schon 28.

[Canan Bayram (GRÜNE): Die Zeit ist kürzer!]

Und Sie wollen für zehn Fragen, die Sie im Innenausschuss beantwortet bekommen haben,

[Canan Bayram (GRÜNE): Wahrheitswidrig!]

den Steuerzahler und die Verwaltung belasten? Stellen Sie Ihre Frage einfach noch mal in schriftlicher Form, dann kriegen Sie noch mal die gleiche Antwort. Dafür müssen Sie keine Steuergelder verschwenden!

[Beifall bei der CDU]

Er ist ja doch da – ich habe meinen Kollegen rechtspolitischen Sprecher Behrendt vermisst. Ich dachte, das wird der Grund sein, dass Sie so etwas handwerklich Schlechtes auf den Tisch legen. Teile Ihrer Fragen sind rechtlich problematisch; sie sind unzulässig, da sie das Handeln der Bundespolizei betreffen.

[Canan Bayram (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!]

– Ich nenne Ihnen die Fragen gleich! – Die Bundespolizei wird durch den Deutschen Bundestag und nicht durch uns kontrolliert. § 1 Absatz 2 unseres Untersuchungsausschussgesetzes legt die Zuständigkeit fest für die Aufklärung von Tatbeständen

im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses.

Frau Kollegin Bayram! Auch Sie werden wissen: Für die Bundespolizei sind wir evident nicht zuständig. Also sind Ihre Fragen schon unzulässig.

[Canan Bayram (GRÜNE): Wieso Bundespolizei? Darum geht es doch gar nicht!]

– Hören Sie mal zu! Der Lux hört doch zu! – Und die Bundespolizei wird nicht etwa in Amtshilfe tätig. Man könnte ja noch konstruieren, wenn es in Form der Amtshilfe wäre, dass eine Zuständigkeit begründet werde. Das ist es aber nicht, da nach dem Aufenthaltsgesetz die Bundespolizei in eigener Verantwortung zuständig wird.

Ähnliches gilt auch für Ihre Frage A 7. Da wollen Sie über die EU-Rückführungsrichtlinie sprechen. Da liegen die Gesetzgebungskompetenz und die Zuständigkeit beim Bundesgesetzgeber – evident nicht bei uns, und damit sind wir nicht zuständig.

[Canan Bayram (GRÜNE): Es geht um die Umsetzung!]

Ich habe noch viele weitere Punkte, die hebe ich mir für den Rechtsausschuss auf, weil meine rote Lampe schon

ziemlich lange leuchtet. Sie können uns da besuchen kommen. Da machen wir dann weiter Jura-Seminar. – Ich wünsche allen eine schöne Sommerpause. Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Canan Bayram (GRÜNE): Sie haben es
nicht verstanden, Herr Kollege!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Rissmann! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Reinhardt. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rissmann! Zumindest in einer Sache hatten Sie jetzt wirklich recht: Es geht hier tatsächlich darum, die Abschiebepaxis im Land Berlin grundsätzlich zu verändern.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN
und der LINKEN]

Ich denke, dass wir uns in der Sache auch fast einig sind, dass Abschiebungen, Abschiebehaft das härteste Mittel des Staates sind, um den Aufenthalt einer Person im Bundesgebiet zu beenden. Darum ist es natürlich auch sinnvoll – und genau das fordert unser Antrag –, Spielräume, die möglich sind – und sie sind möglich; das haben wir in den letzten Monaten gesehen –, auch zu nutzen.

Allein in der vergangenen Woche gab es aus Berlin zwei Sammelabschiebungen in den Westbalkan. Familien, deren Kinder bereits Freundschaften geknüpft hatten, in Deutschland in die Schule gingen und Zukunftspläne hatten, wurden mittellos und völlig unvorbereitet direkt in die Obdachlosigkeit abgeschoben. Die Härte und Rücksichtslosigkeit bei Abschiebungen hat sich seit Amtsantritt von Innensenator Henkel – und das stimmt tatsächlich – massiv verschärft. Die Zahl der Direktabschiebungen ist sprunghaft angestiegen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rissmann?

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Herr Rissmann – bitte schön!

Sven Rissmann (CDU):

Danke, Herr Kollege Reinhardt! Können Sie uns bitte sagen, wie hoch die gerichtliche Anerkennungsquote, die

(Sven Rissmann)

rechtskräftige gerichtliche Anerkennungsquote in Asylverfahren für den Personenkreis aus dem Westbalkan ist?

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Herr Rissmann! Ich möchte diese Frage an dieser Stelle nicht beantworten.

[Sven Rissmann (CDU): Unter einem Prozent!]

Ich habe die Diskussion mit Ihrem Kollegen Dregger schon umfangreich und umfassend geführt. Es hat in dieser Frage einfach keine Relevanz.

[Sven Rissmann (CDU): Natürlich!]

Wir reden hier über medizinische Verfahren und über Abschiebepaxis im Land Berlin, die unter Ihrem Innensenator massiv verschärft wurde.

[Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Die Zahl der Direktabschiebungen – das ist nämlich das Thema hier – ist sprunghaft angestiegen. 2012 waren es noch 24 Direktabschiebungen. 2013 waren es 267. Im vergangenen Jahr waren es 464 Direktabschiebungen von den insgesamt 602 Abschiebungen, die durchgeführt wurden. Das geht übrigens aus einer Anfrage des Kollegen Taş hervor. Dank Innensenator Henkel ist das Land Berlin nun auf einem guten Weg, Abschiebehauptstadt Deutschlands zu werden.

Der Innensenator selbst verwies in der Plenarsitzung am 16. Januar 2014 darauf, dass die Ausländerbehörde zunehmend auf das Mittel der Selbstgestaltung, also die Möglichkeit, sich ohne polizeiliche Begleitung zur Abschiebung einzufinden, verzichtet. Abschiebungen finden im Land Berlin bei Nacht und Nebel statt. In den frühen Morgenstunden werden Menschen aus den Sammelunterkünften durch die Polizei geholt und direkt abgeschoben oder, wie im Fall Banu O., den wir hier schon diskutiert haben, geschehen, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Ausländerbehörde gerufen und direkt aus der Behörde abgeschoben. Die von ihr vorgelegten Atteste und Gutachten wurden entweder nicht zur Kenntnis genommen oder nicht ausreichend gewürdigt.

Da ging es um den Bereich Flug- und Reisefähigkeit, den ich hier vertiefen möchte. Die Flug- und Reisefähigkeit von Banu O. war von dem bereits benannten dubiosen Honorararzt der Ausländerbehörde ausgestellt worden, der sie daraufhin auch auf dem Flug begleitete. Damit hat er sich dann einen Folgeauftrag verschafft und doppelt profitiert. Dieser freie Arzt war dann als Honorararzt für Ausländerbehörden mehrerer Länderpolizeien sowie die Bundespolizei tätig.

Der 118. Deutsche Ärztetag vom Mai 2005 fordert die Gerichte und Behörden auf, für die medizinische, insbesondere psychologische Beurteilung von Flüchtlingen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren und für die Untersuchung vor einer Abschiebung ärztliche, qualifizierte Gutachter einzusetzen. Die Innenministerien von Bremen und Niedersachsen haben in ihren Verwaltungsanweisungen zur Organisation und Durchführung von Abschiebungen und Abschiebehaft auch fachärztliche Standards bei der Feststellung der Reisetauglichkeit geregelt. Berlin sollte diesem Beispiel folgen.

**[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN
und der LINKEN]**

Die Reisefähigkeit eines Abzuschiebenden ist durch einen unabhängigen, fachlich qualifizierten Arzt zu attestieren. Ist die Reisefähigkeit nicht festgestellt, darf auch keine Abschiebung erfolgen.

**[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN
und der LINKEN]**

Nicht erst der Fall Banu O. macht deutlich: Die Abschiebepaxis und die gesamte Ausländerbehörde gehören auf den Prüfstand. Die Missstände sind bekannt und sollten behoben werden. Der heute vorliegende Antrag ist Teil einer gemeinsamen Antragsserie mit der Linksfraktion und umfasst mehrere wichtige Bereiche.

Zum Ersten: Es bedarf einer grundlegenden Reform der Ausländerbehörde und einer Konzeption der Ausländerbehörde als Teil der Willkommenskultur.

**[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN und
der LINKEN]**

Zum Zweiten: Entscheidungen der Härtefallkommission sollten nicht durch den Einspruch von Innensenator Henkel gekippt werden können.

**[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]**

Und zum Dritten: Auch im Fall von Direktabschiebungen muss einstweiliger Rechtsschutz gewährleistet sein. Das war er in diesem Fall nicht.

**[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]**

Lassen Sie uns nun mit dem vorliegenden Antrag einen Anfang machen und in dieser offenen Welthauptstadt dem unwürdigen Umgang mit in Berlin lebenden Geflüchteten und Migranten endlich ein Ende setzen! – Vielen Dank!

**[Beifall bei den PIRATEN und
der LINKEN]**

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Das Wort zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Abgeordnete Bayram. – Bitte!